

Staudammprojekte im innenpolitischen Zwist

von Khalid Hussain

Nachdem das berüchtigte Kalabagh-Staudammprojekt womöglich endgültig abgeschlossen ist (im neuen Budget sind nach pakistanischen Pressemitteilungen keine Budgetmittel dafür vorgesehen: Anm. d. Übers.), bringt die pakistanische Bundesregierung ein neues Mega-Projekt in die Diskussion. Das nach der lokalen Bezeichnung des Nanga Parbat (8.125 m) benannte "Diامر"-Projekt - der Staudamm soll den Indus bis in die unmittelbare Nähe des Nanga Parbat aufstauen — gilt jedoch als ebenso undurchführbar, wie schon das Vorgängerprojekt im pakistanischen Tiefland. "Dieser Damm wirft so viele technische Fehler auf, daß er wohl nie gebaut werden wird", wird ein hochrangiger Ministerialbeamter zitiert. "Doch die Kräfte, die das Projekt vorantreiben sind gar nicht am Bau des Dammes interessiert. Alleine die Machbarkeitsstudien werden etwa 20 Millionen US-Dollar kosten. Mit solchen Studien läßt sich viel Geld machen." Nach Experten-schätzungen wird das Projekt nicht über Vorstudien hinauskommen, da die wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Probleme ähnlich komplex sind, wie beim Kalabagh-Staudamm.

Auch wenn der Name des Diامر-Dammes neu ist, so handelt es sich im Wesentlichen um eine leicht veränderte Planung des Basha-Dammes, der schon von der Bhutto-Regierung als Alternative zum Kalabagh-Damm verfolgt wurde, letztlich aber auf ältere Planungen zurückgeht. Der Basha-Damm war ursprünglich etwa drei Kilometer Indus aufwärts des Dorfes Basha im Kohistan-Distrikt der 'North-West Frontier Province' (NWFP) geplant. Sein Stausee sollte jedoch bis nach Chilas, dem Verwaltungssitz des Diامر-Distriktes in den zentralverwalteten 'Northern Areas' reichen. Der zentrale Stolperstein dieses Projektes war der politische Streit um die Zuteilung der Abgaben des 3.200 Megawatt-Wasserkraftwerkes. Die Regierung der NWFP reklamierte alle Abgaben, da das Kraftwerk auf ihrem Territorium geplant war, was jedoch die Bundesregierung in Islamabad unter Verweis auf den ungeklärten Grenzverlauf zwischen der NWFP und den 'Northern Areas' - beide Seiten argumentieren, daß der Damm auf dem jeweils eigenen Territorium geplant sei - ablehnte.

Das Diامر-Projekt versucht diesem Grenzstreit auszuweichen, indem der

Standort des Turbinenhauses von der linken auf die rechte Uferseite verlegt wurde und somit eindeutig im Territorium des Diامر-Distriktes liegt. Diese Planungen treffen jedoch im Parlament der NWFP auf entschiedenen Widerstand. Die oppositionelle 'Pakistan People's Party' (PPP) befürchtet deshalb konspirative Bestrebungen, um die 'Northern Areas' und die NWFP gegeneinander auszuspielen.

Gegner des Dammprojektes brauchen nach Aussagen von Experten jedoch den Baubeginn nicht zu fürchten, da dessen Scheitern schon in den Planungen begründet liege. "Dieser Damm wird all die negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft und Ökologie flußab aufweisen, die auch mit dem Kalabagh-Damm verbunden sind", sagt Dr. Riyaz Ahmad, Geschäftsführer der 'Ghazi Barotha Taraqiati Idara' in Attock, der kürzlich eine Untersuchungsmission im Auftrag des 'Pakistan Network on Rivers, Dams and People' (PNRDP) leitete. Seiner Einschätzung nach wird dieser Damm ernsthafte Konsequenzen auf die lokale und nationale Wirtschaft und Umwelt haben. "Die Wasserverknappung durch den Bedarf für das Auffüllen des Staubeckens wird der Bewässerungslandwirtschaft das jährliche Überschwemmungswasser entziehen, die Küstenerosion und das Eindringen von salzigem Meerwasser in das Indus-Mündungsgebiet verstärken. Zudem werden etwa 50 Kilometer des 'Karakoram Highway' (KKH) überschwemmt, und rund 120 Straßenkilometer müssen neu gebaut werden.

Die Region des Staudammprojektes ist darüber hinaus eine der besonders erdbebengefährdeten Regionen Pakistans. So lag das Epizentrum des bislang folgenreichsten Erdbebens — gemessen an den Todesopfern — in Pakistan im Ort Pattan, nur 64 Kilometer flußab des geplanten Dammes. Ein weiteres Erdbeben mit einer Stärke von 5,7 Punkten auf der "Richter-Skala" ereignete sich 1974 nur 13 Kilometer vom Dammstandort.

Die öffentliche Meinung in Chilas, der vom Staudamm betroffenen Region, richtet sich weiterhin gegen das Projekt - ehemalige Abgeordnete des 'Northern Areas Council' sollen sogar mit der Sprengung des Dammes gedroht haben. Insbesondere die Menschen in den fruchtbaren, bewässerten Talabschnitten der von dem Stausee betroffenen Indus-Seitentäler sind gegen die Zwangsum-

siedlung. Nach den Schätzungen der ursprünglichen Planung von 1984 wären etwa 13.600 Menschen von der Umsiedlung betroffen. Diesen Werten wird von lokalen Vertretern jedoch die Grundlage der veralteten Volkszählung von 1981 sowie das hohe Bevölkerungswachstum in dieser Region entgegengehalten. Nach ihren Schätzungen sind mindestens 23.000 Menschen betroffen.

Dabei sind die Angaben über die tatsächlich geplante Überschwemmungsfläche sehr uneinheitlich. WAPDA, die zuständige 'Water and Power Development Authority' in Lahore, hat bislang keine Anstrengungen unternommen, um die lokale Bevölkerung über die Ausdehnung des Stauesees zu informieren. Vielmehr finden die unterschiedlichsten Gerüchte ihre Verbreitung, wonach entweder nur der KKH oberhalb des Indus oder sogar der Ort Chilas, der auf einem ausgedehnten Schwemmfächer oberhalb des Indus und des KKH liegt, überschwemmt werden würde.

Für die Entschädigung und Umsiedlung der betroffenen Bergbevölkerung muß zudem in Betracht gezogen werden, daß diese sehr bodenständig ist und einer Umsiedlung ins pakistanische Tiefland nicht zustimmen wird. Entsprechende Umsiedlungs- und Bewässerungsflächen müssten vielmehr, nach lokalen Forderungen, innerhalb der Bergregion der 'Northern Areas' bereitgestellt werden.

Daneben ist der weiterhin völkerrechtlich ungeklärte Status der 'Northern Areas' ein ungelöstes politisches Problem. Die pakistanische Verfassung sichert der lokalen Bevölkerung keinerlei Rechtsstatus, wie etwa das Wahlrecht zur Nationalversammlung, zu. Wegen der fehlenden politischen Lobby in Islamabad sind zudem Zweifel angebracht, ob der betroffenen Region tatsächlich das Recht zugestanden wird, Abgaben auf die Stromerzeugung des geplanten Wasserkraftwerkes zu erheben und ob die betroffene Bevölkerung gerechte Entschädigungen erhalten wird. Sollte die Bundesregierung in Islamabad den 'Northern Areas' weiterhin die allgemeinen Rechte vorenthalten, wie sie im übrigen Pakistan gelten, so wird sich das Diامر-Projekt als ein ebenso gefährliches politisches Minenfeld erweisen wie zuvor der Kalabagh-Damm.

(Übersetzung: Jürgen Clemens. Der Beitrag wurde in: 'The Herald', Karachi veröffentlicht)